

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 1	1.		Vorlage Anlage 5, letzte Seite	10	CDU	<p>Information über Personalkostenzuschüsse</p> <p>Im Stellenplan werden zukünftig nachrichtlich alle Stellen, die im Rahmen von Ausgliederungen aus der Verwaltung nicht im städtischen Stellenplan zu finden sind, aufgeführt. Es werden ebenso alle Personalkostenzuschüsse an Dritte dargestellt.</p>	<p><u>Ausgliederungen:</u></p> <p>In der Stellenplanvorlage werden in Anlage 5, letzte Seite, jedes Jahr alle ausgegliederten Stellen der letzten 10 Jahre aufgeführt:</p> <p>2005: 4,5 Stellen EB Stadtentwässerung 2005: 5 Stellen Parkhäuser zu den Stadtwerken 2006: 4,97 Stellen EB Wohnungswirtschaft 2009: 1,45 Stellen Wieland-Stiftung 2015: 2,6 Stellen Jugend Aktiv</p> <p>Die große Ausgliederung der Stadtwerke erfolgte 2001.</p> <p><u>Personalkostenzuschüsse</u> sind Sachzuschüsse an Dritte, die zum Personaleinsatz verwendet werden. Auch sonstige Sachzuschüsse, die nicht ausdrücklich Personalkostenzuschüsse genannt werden, können von den Empfängern für Personal verwendet werden. Eine nachrichtliche Auflistung ist daher zwar möglich, aber nicht umfassend oder belastbar als Quelle, welche Mittel der Stadt von Dritten für Personal ausgegeben werden. In der Anlage 13 sind jetzt bereits ausdrückliche Personalkostenzuschüsse aufgeführt (z. B. JUKS Seite 494, Kinderschutzbund für Hausaufgabenbetreuung Seite 495 oder Jugend Aktiv S. 496).</p>	HA 01.12.
Anlage 1	2.			10	CDU	<p>Supportstellen in der Verwaltung</p> <p>Bei Bedarf können vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation max. 1,5 Stellen im Personalhaushalt der Stadt Biberach, befristet auf 3 Jahre, gebildet werden. Die Stelleninhaber unterstützen ehrenamtliche Helfer, aber auch Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in ihrer täglichen Arbeit für die Flüchtlinge. Anträge auf Personalkostenzuschüsse von Initiativen oder Vereinen werden mit Hinweis auf die Supportstellen nicht entsprochen.</p>	<p>Es kommen an vielen Stellen der Verwaltung Herausforderungen auf uns zu. Daher ist die Zielrichtung des Antrags begrüßenswert, damit wir ggfs. auch personell reagieren können. Derzeit können wir nicht alle Herausforderungen verlässlich abschätzen. Momentan gehen wir aber davon aus, dass wir mit dem eingebrachten Stellenplan die Aufgaben personell leisten können.</p> <p>Sollte sich im Laufe des Jahres 2016 eine unabwiesbare Notwendigkeit ergeben, mehr Personal einzustellen, können wir, auch unterjährig, auf den Gemeinderat mit einer konkret definierten Bitte um Unterstützung zu.</p>	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 1 + VwH	3.		S. 75	32 10	FW	Die Verwaltung prüft, ob der Präsenzdienst künftig anstatt beim Dornahof direkt bei der Stadt oder bei einem sonstigen Partner mit Begleitung durch einen Jobcoach angesiedelt werden kann.	siehe 244/2015-1, die nachgereicht wird	HA 01.12.
Anlage 1 + VwH	4.		S. 75 (263)	32 10	CDU	Präsenzdienst Der Präsenzdienst wird erweitert. Der Rückzug der Polizei aus der Fläche im Zuge der Polizeireform macht eine Ausweitung des bewährten und funktionierenden Präsenzdienstes notwendig. Die Containerstandorte sollen weiterhin überwacht werden	siehe 244/2015-1, die nachgereicht wird	HA 01.12.
Anlage 1 + VwH	5.	2000	S. 89	10	FW	<i>Wie bereits im HH-Plan 2015 stimmen insbesondere beim Einzelplan 2 häufig die Personalaufwendungen nicht mit der Stellenzahl überein. Selbst bei gleichbleibender Stellenzahl gibt es Zunahmen bei den Personalkosten bis zu mehr als 80.000 € bei lediglich zwei bis vier Personalstellen. Grund?</i>	<i>Die Überprüfung der Anfrage der FW hat leider ergeben, dass bei den vier größeren Schulen fehlerhaft zu hohe Beträge angesetzt sind. Hier kam es zu einer teilweise doppelten Zurechnung von Mitteln aus dem Topf der leistungsorientierten Bezahlung. Falls gewünscht, kann die Fehlerentstehung erläutert werden. Es handelt sich um einen Betrag von 197.000 €, der für 2016 insgesamt zu viel kalkuliert wurde. Der Einfachheit halber schlagen wir vor, dies über die Anhebung der globalen Minderausgabe um 200.000 € zu beheben. Wir bitten herzlich, den Fehler zu entschuldigen und danken den Fragestellern!</i>	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 1 + VwH	6.	2950	S. 142	40	FW	<p>Sonstige schulische Aufgaben Es fehlt die Übersicht mit den Kennzahlen etc.. Wir bitten um Erläuterung. Was ist der Grund für den starken Rückgang der Personalaufwendungen?</p>	<p>Für den Haushalt 2015 ist das ABBS im Bereich der VG und FNB bei der Planung von einer vollen Belegung der Plätze ausgegangen. Bei der FNB wurden die Anmeldezahlen für eine Auslastung der maximalen Belegung von 15 h (bei Schulen mit einem geringen Angebot dann für 5 h und 10 h) bei den Einnahmen zugrunde gelegt. Für das Jahr 2016 wurden u. a. bei der FNB nicht mehr die maximal möglichen, sondern die genauen Anmeldezahlen für die jeweiligen Betreuungsumfänge von 5 h, 10 h und 15 h (Stand April 2015 Anmeldungen für SJ 2015/16) untergestellt. Die tatsächliche Inanspruchnahme der Angebote liegt unter der möglichen. Daher sind auch nicht alle Stellenanteile ausgeschöpft.</p> <p>Derzeit sind durch die aktuelle Stellenbesetzung von den angemeldeten 9,86 Stellen für die VG nur 7,95 Stellen real besetzt, im Bereich der FNB sind von 4,99 Stellen nur 3,72 Stellen besetzt. Das entspricht einer Nichtbesetzung von rund 3,2 Stellen. Im Stellenplan ist weiterhin die volle Stellenzahl abgebildet, um bei Bedarf ggfs. reagieren zu können. In der Personalkostenhochrechnung wurde vorsichtig, entlang der Wahrscheinlichkeit, kalkuliert, daher „sinken“ die Personalkosten gegenüber der Maximalhochrechnung des Planes 2015 deutlich. Kennzahlen sind beim UA 2000, Seite 90, enthalten.</p>	
Anlage 1	7.			10	SPD	<p>VHS hinsichtlich Stellen - aber auch hinsichtlich des Budgets und des Raumangebotes- so ausstatten, dass die Aufgaben im Rahmen der Integrationsarbeit flexibel und effektiv leistbar sind.</p>	<p>Der Antrag der SPD umfasst drei Aspekte: Die VHS möge für die hinzugekommenen Aufgaben in der Flüchtlings- bzw. Integrationsarbeit 1) personell 2) räumlich und 3) budgetmäßig besser ausgestattet werden. Zu 3.) ist festzustellen, dass die VHS im Rahmen des Kulturbudgets flexibel ist. Die Haushaltstitel im Kulturbudget sind gegenseitig deckungsfähig. Temporäre Mehrausgaben für Deutsch- und Integrationskurse bei der VHS können durch Überträge bei anderen Kultureinrichtungen ausgeglichen werden. Zu 2.) ist festzustellen, dass genug Raumkapazität in städtischem Eigentum vorhanden ist, deren Nutzung für die erforderlichen Zusatzkurse der VHS mit den jeweiligen Einrichtungen abgestimmt werden muss. Zu 1.) ist festzustellen, dass viele städtische Stellen, nicht</p>	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
							<p>nur die VHS, neue Herausforderungen durch die Flüchtlinge bewältigen müssen. Erste Option auch bei der VHS war und ist die Überprüfung von Prioritäten der Aufgabenerledigung, um die Herausforderungen zunächst ohne weitere Stellen zu meistern. Indem die Arbeitskapazitäten einer hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiterin zu Gunsten von Unterrichtstätigkeit umgeschichtet wurden, konnte die VHS schon zu Beginn des neuen Schuljahres die Anzahl der Deutsch- und Integrationskurse verdoppeln.</p> <p>Nichtsdestoweniger sind solche Umschichtungen, die zu Lasten bisheriger Serviceangebote gehen, nicht unbegrenzt möglich. Auch ist hierbei sensibel im Auge zu behalten, inwieweit das Zurückfahren bestehender etablierter Angebote für die Einheimischen zugunsten neuer Angebote für die Flüchtlinge (noch) hingenommen wird. Erschwerend kommt die mehrfache Kündigung von bisherigen, auf Honorarbasis arbeitenden Dozenten hinzu, die in Festanstellungen bei Berufsschulen mit entsprechend attraktiveren Bedingungen wechseln. Um hier konkurrenzfähig zu bleiben, wäre eine flexibel handhabbare Möglichkeit zur befristeten Festanstellung geeigneter Dozenten sinnvoll, die von der VHS bis zu einer Obergrenze von max. 2,0 EG 10 in Anspruch genommen werden kann, aber nicht muss und von Anfang an mit einem kw-Vermerk versehen ist. In diesen Beratungszusammenhang gehört auch der CDU-Antrag auf max. 1,5 Supportstellen, befristet auf 3 Jahre, von denen bei positiver Beschlusslage anteilig auch die VHS zur Bewältigung zusätzlicher, bisher vom Landratsamt übernommener organisatorischer Aufgaben personelle Unterstützung erfahren müsste, sofern diese nicht – wie vorgesehen – vom Kolping-Bildungswerk übernommen werden.</p>	
Anlage 1 + Anlage4	8.		S. 024/033	25	SPD	Die technische Gebäudebetreuung soll durch städtische Stelleninhaber wahrgenommen werden. (Auswirkung auf Stellenplan)	Ton- und Lichttechnik werden überwiegend extern durch Techniker der jeweiligen Ensembles und Interpreten gesteuert. Eigene Veranstaltungen werden durch Fachpersonal der Stadthalle betreut.	HA 01.12. BA 03.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 1	9.			BK	Grüne	Das Baubetriebsamt hat lobenswerterweise 6 gemeinnützige Arbeitsplätze für Flüchtlinge geschaffen, z.B. im Bereich Straßenunterhaltung und Grünbereich. Wir beantragen im Hinblick auf die Integration von Zuwanderern, weitere gemeinnützige Arbeitsplätze bei der Stadt Biberach zu schaffen.	Das Baubetriebsamt stellt sechs gemeinnützige Arbeitsplätze zur Verfügung. Koordination des Einsatzes, Bezahlung, arbeitsrechtliche Prüfung macht das Landratsamt. Stellen im Stellenplan bedarf es dazu nicht. Die 6 Arbeitsplätze sind grundsätzlich auch Langzeitarbeitslosen da. Es sind so genannte 1EUR-Jobs. Die Beschäftigung erfolgt mit maximal 100 Stunden im Monat. Zwei solcher Arbeitsplätze hat das Baubetriebsamt in der Vergangenheit bereits für Langzeitarbeitslose angeboten. Die Teilnehmer an diesem Programm übernehmen einfachste handwerkliche Tätigkeiten, wie z. B. Laubfegen, Steine vom LKW abladen etc.. Ein Einsatz an Maschinen oder bei Maßnahmen der Verkehrssicherung (Winterdienst) erfolgt nicht. Wir prüfen, in welchen Bereichen der Stadt die Schaffung von weiteren gemeinnützigen Arbeitsplätzen möglich ist.	HA 01.12.
Anlage 3	10.		S. 419 ff	25 + 65	FW	Bei künftigen Gebäudesanierungen werden neben umweltpolitischen und architektonischen Aspekten immer auch die Folgekosten von technischen Neuerungen bzgl. Wartung, Strom, Betriebs- und Instandhaltungskosten überprüft.	Sowohl bei Neubauten als auch bei Sanierungen wird die Technikausstattung (gesetzliche Anforderungen an die energetische und sicherheitstechnische Seite, Anforderungen der Nutzer, Anforderung aus Architektur, Technik zur Reduzierung des Energieverbrauchs) stets kritisch hinterfragt. Der Fokus wird künftig noch mehr auf diesen Themenbereich gerichtet.	BA 03.12.
Anlage 3	11.	2116	S. 421	25	SPD	<i>Heizung Grundschule Rißegg Wurde eine preisgünstige Variante geprüft? Ist BHKW nötig wegen anderer Abnehmer?</i>	<i>Der Kessel aus dem Jahr 1978 muss zwingend ausgetauscht werden. Nach dem EWärmeG muss mit dem Austausch der Kesselanlage 15% Wärme aus regenerativer Energie (z.B. Pelletkessel) erzeugt werden oder durch Ersatzmaßnahmen (BHKW, Gebäudedämmung) ausgeglichen werden. Eine endgültige Systementscheidung ist noch nicht getroffen.</i>	
Anlage 3	12.	2116	S. 421	25	CDU	<i>Heizung Grundschule Rissegg Besteht nicht die Möglichkeit anstelle eines BHKW die Schule an die anfallende Wärme des zukünftigen Biomassehofes anzubinden. Unseres Wissens gibt es auch diesbezügliche Gespräche zwischen dem Betreiber und dem Bischof-Sproll Bildungszentrum. Beitrag zur ökologischen Wärmenutzung als Vorbildfunktion in Schulen.</i>	<i>Nach Aussage der e.wa wurde der Bischof-Sproll-Schule eine Nahwärmeversorgung mit der Wärmeenergie des Biomassehofes angeboten. Die Kapazität wäre damit allerdings erschöpft. Lehnt die Bischof-Sproll-Schule ab, ist ein Nahwärmenetz nach Aussage der e.wa unwirtschaftlich.</i>	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 3	13.	2210	S. 421	25	CDU	Wilhelm-Leger-Halle Bitte die hohen Unterhaltskosten bei dieser neuen Halle erläutern	Umstellung auf Wiederbeschaffungszeitwert (Vorbericht S. 029) führt zu diesem Ansatz.	
Anlage 3	14.		S. 421, 126, 129	25	FW	Was ist die Ursache für die hohen Kosten zur Gebäudeunterhaltung bei den Gymnasien?	Umstellung auf Wiederbeschaffungszeitwert (Vorbericht S. 029) führt zu diesem Ansatz	
Anlage 3	15.	2310	S. 421	25	CDU	Lautsprecheranlage Aula PG Diese wird analog der Anlage in der Aula der Dollinger RS erneuert.	Wurde bereits von der Verwaltung für die Änderungsliste angemeldet (40.000 € im Vermögenshaushalt).	HA 01.12. BA 03.12.
Anlage 3	16.	3420	S. 422	25	FW	Wie weit sind die Arbeiten zur brandschutztechnischen Sanierung des Gigelturms (2015 wurden aufgrund des Antrags der FW 90.000 € eingestellt)?	Aufträge für Elektroarbeiten, Zimmererarbeiten und Blitzschutz sind erteilt. Arbeiten sind für dieses Jahr beauftragt.	
Anlage 3	17.	4600	S.422	25 41	SPD	Jugendhaus Ehingerstr. 19 Gibt es Überlegungen bezüglich der Zukunft des Hauses?	Das Abseitz soll im derzeitigen Zustand bis zur Fertigstellung des Jugendhauses weiter betrieben werden. Bis zur Fertigstellung sind von Seiten GM die Kosten einer grundlegenden Sanierung und von Seiten ABBS Nutzungsvorschläge zu erarbeiten. Erste Vorschläge von Jugend-Aktiv werden dabei berücksichtigt.	
Anlage 3	18.	3330	S. 29, 422	25	Grüne	Welche Räume sind beim „Umbau von Räumen in der Musikschule für Zwecke der Verwaltung“ (029, 422) mit Kosten von 135.000,- € gemeint? Beschlossen wurde bisher unseres Erachtens nur die Klassenauslagerung wegen der Sanierung der Pflugschule (vgl. 1/89 / 2015)	Siehe Vorlage 189/2015-neu. Es werden im Stifterbau der Musikschule drei Unterrichtszimmer und das jetzige Lehrerzimmer, die ursprünglich für den Unterricht konzipiert waren, zu Verwaltungsräumen umgebaut. Wesentliche Kosten entstehen hier durch die Vernetzung zu EDV-Zwecken, neue Fluchtwege, etc.	
Anlage 8	19.	0630	S. 454	25	CDU	Macht es nicht Sinn, den Renault Kangoo aus dem Jahre 2001 aufgrund der hohen Unterhaltskosten zu ersetzen? Generell gilt es, vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit nachzudenken, welche Geräte ersetzt werden müssen.	Für 2017 vorgemerkt. Evtl. auch Umstellung auf Elektrofahrzeug. Größere Mängel derzeit nicht ersichtlich.	
Anlage 9	20.		S. 457ff + 243	65	CDU	Hochbauinvestitionen Sollen tatsächlich alle Projekte in 2016 fremd vergeben werden?	Wegen Anzahl und Größenordnung der Projekte aus Kapazitätsgründen erforderlich. Das Hochbauamt würde gerne gelegentlich eigene Projekte planen und durchführen	
Anlage 9	21.	0610	S. 457, 314	65	FW	Umbau des Rathauses Was ist die Ursache für die Kostensteigerung?	Seit der Beschlussfassung des GR gibt es keine Kostensteigerung. Detaillierte Darstellung in DS 91/2015, einstimmiger Beschluss GR am 21. Mai 2015.	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 9	22.	2110	S. 457	65	SPD	Braith-Grundschule - Erweiterung Bitte Planungen darstellen mit Zeitfenster und Zwischenlösungen. Dies ist wichtig, denn die Schülerzahlen dürften deutlich steigen.	Die Erweiterung der Braith-Grundschule auf dem Areal des Braithweg-Kindergartens kann erfolgen, sobald die Kindergärten Memelstraße und Talfeld fertig gestellt sind. Aktuell gehen wir bei Erhalt des Schulbezirks von einer konstanten Schülerzahl aus. Durch die Steuerung über flexible Schülerzuweisung an andere Grundschulen im Stadtbezirk kann eine vorübergehende Schülerzahlsteigerung an der Braith-Grundschule aufgrund der Flüchtlingssituation verhindert werden. Der Erwerb des Kindergartens Braithweg ist aus unserer Sicht vor Schließung des Kindergartens möglich. Planungsbeginn 2016..	BA 03.12.
Anlage 9	23.		S. 461	65	SPD	Mali-Turnhalle Bitte Darstellung des neuen Kostenrahmens inkl. Bundeszuschüsse.	Kostenrahmen gemäß DS 210/2015, ergänzt um DS 210/2015-1 € 4.967.572,--, gerundet € 5.000.000,-- Zuschuss 45% möglich, d.h. € 2.250.000,--, Eigenanteil € 2.750.000,--.	BA 03.12.
Anlage 10	24.	964000	S. 371 + 464	61	CDU + SPD	<i>Innenstadtmöblierung Was wurde mit dem Ansatz aus dem Jahr 2015 in Höhe von 100.000 Euro umgesetzt?</i>	<i>Es sollen 15 kleine und 4 große Stahlkübel sowie weitere Stühle beschafft und in der Innenstadt teilw. als Ersatz der vorhandenen Kübel aufgestellt werden (vgl. Drucksache Nr. 92/2015). Angebote liegen vor. Die Beschaffung erfolgt Ende 2015/Anfang 2016.</i>	
Anlage 10	25.	5800	S. 464	61	CDU	Aufenthaltsqualität in der Innenstadt Es wird über einem Teil des Stadtbaches zwischen Marktbrunnen und dem Esel eine kleine, zweistufige Tribüne errichtet, um die Sitzmöglichkeiten auf dem Marktplatz zu erweitern und damit die Attraktivität zu stärken.	Eine frühere Prüfung ergab bereits: Eine derartige Tribüne muss während des Schützenfestes abgebaut werden. Außerdem kommt es zu Beeinträchtigungen der Märkte und verdeckt den freigelegten Stadtbach im Bereich des Marktplatzes, der bereits heute eine sehr attraktive Situation darstellt. Auch die Reinigung ist sehr aufwändig. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität können 50 weitere Stühle angeschafft werden.	BA 03.12.
Anlage 10	26.	6300	S. 465f	66	SPD	Kreisel Friedenskirche Ausbau zum Regelkreisverkehr. Dazu wird eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt, die die Planung 2016 und Fertigstellung 2017 ermöglicht.	Zur Zeit läuft das Sicherheitsaudit für den Kreisverkehr. Das Ergebnis wird voraussichtlich im Januar 2016 als Entscheidungsgrundlage vorgelegt.	BA 03.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 10	27.		S. 465	61	SPD	Westlicher Marktplatz Zur dringend notwendigen Erhöhung der Sicherheit und der Aufenthaltsqualität und zur Erhöhung der Akzeptanz des ÖPNVs wird der westliche Marktplatz für den Durchgangsverkehr gesperrt und der ÖPNV privilegiert. Dies sehen wir als eine Umsetzung der Anregung aus dem STEK zum „Miteinander aller Formen der Mobilität“	Ziel ist es, die Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Aus diesem Grund wird die Anfahrbarkeit des westlichen Marktplatzes auch für den MIV beibehalten. Im Rahmen der Fortschreibung zum Stadtentwicklungskonzept diskutieren wir alternative Parkformen auf dem westlichen Marktplatz.	BA 03.12.
Anlage 10	28.	6300	S. 465	61	SPD	Radwegenetz ausbauen Der Ausbau muss so gestaltet werden, dass dadurch der Pkw-Individualverkehr im Stadtbereich reduziert wird. Dies gilt insbesondere für die „Schulmeile“ und andere Schul- und Kindergartenquartiere. Renovierungen von Straßen (z.B. anstehend Adenauerallee) sollen diesem Konzept angeglichen werden. Dies sehen wir als eine Umsetzung der Anregung aus dem STEK zum „Miteinander aller Formen der Mobilität“	Verweis auf die Drucksache Nr. 217/2015-1. Hier werden verkehrslenkende Maßnahmen in der Innenstadt in Verbindung mit dem Ausbau des strategischen Netzes unter anderem zugunsten des Radverkehrs vorgeschlagen. Außerdem wird auf die kontinuierliche Umsetzung von Maßnahmen aus dem Radwegekonzept verwiesen.	BA 03.12.
Anlage 10	29.	6300	S. 465	61	CDU	<i>Fahrrad- und Rollerabstellplätze in der Innenstadt Wie ist der Stand der Umsetzung des Konzeptes? Gibt es Überlegungen seitens der Verwaltung für eine Ausweitung des Angebotes?</i>	<i>Aus dem Radverkehrskonzept 2010 wurden folgende Maßnahmen umgesetzt. Insgesamt ergibt sich folgendes Angebot: Rathaus (4 Bügel), Westl. Marktplatz (20 Bügel), Holzmarkt (9 Bügel), Hindenburgstr. bzw. Viehmarktstr. (11 Bügel - Rollerstellplätze konnten hier nicht realisiert werden), Viehmarktplatz (21 Bügel, davon 13 überdacht). Im Zuge der geplanten Umgestaltung des Bereiches Consulentengasse/Wielandstr./Ochsenhauser Hof, wird geprüft, ob hier eine weitere Anlage errichtet werden kann. Auf dem Alten Postplatz werden acht Roller-/Motorradabstellplätze eingerichtet. Darüber hinaus werden sukzessive weitere Fahrradbügel in der Innenstadt aufgestellt.</i>	
Anlage 10	30.		S. 466	66	CDU	Sanierung Fahrbahnbelag Sennhofgasse Der Fahrbahnbelag in der Sennhofgasse wird vom Viehmarkt bis zur Kreuzung mit der Hindenburgstrasse saniert. Diese Straße verbindet ebenfalls den Viehmarkt mit der Innenstadt und befindet sich in einem jämmerlichen Zustand.	Laut aktuellem Straßenkataster ist die Sanierung der Sennhofgasse und der Schulstraße für das Jahr 2018 vorgesehen. Diese Maßnahmen sollten aus gestalterischer, verkehrstechnischer und bautechnischer Sicht als Gesamtpaket verwirklicht werden. Die Umsetzung sollte gemeinsam im Jahr 2018 erfolgen.	BA 03.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 10	31.	960000	S. 468	66	CDU	Bushaltestelle Winterreute Schlottertal Die Bushaltestelle erhält eine Überdachung.	Der Bau der Bushaltestelle erfolgte wie beschlossen im Jahr 2014 ohne Buswarte Halle. Die Fundamente für eine BWH wurden in diesem Zug schon erstellt. Für eine BWH sind 16.000 € in der Änderungsliste bereitzustellen.	BA 03.12.
Anlage 10	32.	6600 951105	S. 469	66	CDU	Infrastruktur Verkehr Im Zuge der Realisierung des Aufstieges zur B 30 prüft die Verwaltung, ob eine Vorfinanzierung durch die Stadt zu einer Beschleunigung der Umsetzung der Maßnahme führt.	Die entscheidende Voraussetzung für den Bau ist ein (u.U. rechtlich bestätigter) Planfeststellungsbeschluss. Das Verfahren kann frühestens 2017 beginnen und 2018 zum Abschluss gebracht werden. Parallel werden Gespräche mit dem Land über eine GVFG-Förderung geführt. Sollten sich hier Problem ergeben, kann über eine Vorfinanzierung nachgedacht werden. Aktuell kann das Verfahren damit nicht beschleunigt werden.	BA 03.12.
Anlage 10	33.	6600 951109	S. 469	II/ III	CDU	Grunderwerb B312 Verbindung Biberach – Ringschnait sowie Umfahrung Ringschnait Der Grunderwerb wird forciert. Die Verwaltung berichtet halbjährlich im zuständigen Ausschuss.	Die Grunderwerbsverhandlungen finden aktuell unter Federführung des Landes statt. Weitere Themen sind die Notwendigkeit eines ergänzenden Planfeststellungsverfahrens und eine Umleitungsstrecke. Die Verwaltungsspitze führt Anfang Dezember ein Gespräch mit dem RP Tübingen und berichtet über das Ergebnis.	HA 01.12. BA 03.12.
Anlage 10	34.	951604	S. 467	66	SPD	<i>Warum sind für Geh-/Radweg Zeppelinring keine Mittel dotiert?</i>	<i>Bismarckring: Der Ausbau des Radweg entlang dem alten ENBW-Gebäude muss im Zuge der Sanierung der B465 erfolgen. Auch war vorgesehen den Abbruch und die Hochbaumaßnahme abzuwarten. Ob dem Bund in 2016 Sanierungsmittel zur Verfügung stehen kann aktuell noch nicht gesagt werden. Falls ein Ausbau im Jahr 2016 möglich wird kommt die Verwaltung bezüglich dann notwendig werden der Komplementärmittel auf das Gremium zu. Zeppelinring: Der Ausbau des Radweges ist von der geplanten Hochbaumaßnahme in diesem Bereich abhängig.</i>	
Anlage 11	35.		S. 473ff	10	CDU	Bewegliches Anlagevermögen Dieser Ansatz ist um 10% zu kürzen, da die Standards sehr hoch gesetzt sind. Es liegt im Ermessen der Verwaltung, wie diese Kürzungen umgesetzt werden.	Besondere Steigerung in 2016 basiert auf größeren einmaligen Ausgaben, siehe auch Vorbericht Seite 48, z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • BBA Fahrzeuge • Stühle Stadthalle • Messfahrzeug Ordnungsamt • Umstellung Telefonanlage Wir gehen davon aus, dass die Anlage 11 in 2017 wieder in etwa auf bisheriges Niveau sinkt.	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 11	36.		S. 47 + 473	20	Grüne	Wie kommt die Differenz (133.300,- €) für den „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens“ zwischen den Angaben 2.681.300,- € (- 047 -) und 2.548.000,- € (- 473 -) zustande?	Im Vorbericht ist die Gesamtsumme einschließlich Budgets und in Anlage 11, wie aufgeführt, ohne Budgets. Die Differenz sind die beweglichen Sachen über Budgets.	
Anlage 11	37.	2000	S. 476	40	CDU	Little Bird – Software für Kinderkrippen- und Kindergartenverwaltung Die Beschaffung wird mit einem Sperrvermerk versehen. Ist dieses Aufnahmesystem für eine Stadt wie Biberach überhaupt notwendig? Können die kirchlichen Träger über ihre IT Richtlinien diese Software nutzen?	Darlegung im HA. Sperrvermerk wird akzeptiert. Kompatibilität mit den freien Trägern ist Voraussetzung.	HA 01.12.
Anlage 13	38.	3420 700000	S. 493	41	SPD	Jazzclub Aufstockung des Zuschusses für den Jazzpreis auf 3000 Euro - analog zu anderen Preisverleihungen.	Der Jazzclub erhält zur Durchführung des Jazzpreises jährlich einen Zuschuss in Höhe von 2.560 € (vormals 5.000 DM). Damit finanziert der Jazzclub die Preisgelder des in 2jährigem Turnus stattfindenden Wettbewerbs sowie die Übernachtungskosten der teilnehmenden Bands. Im kommenden Jahr soll analog zum danceprix und dem VolXmusik Grandprix erstmals ein Publikumspreis mit einem Preisgeld in Höhe von 500 € ausgelobt werden. Eine Erhöhung des Zuschusses wäre aus diesem Grund wünschenswert.	HA 01.12.
Anlage 13	39.	6100 661000	S. 501	61	SPD	Autodesk User Group e.V. Was ist das?	Es geht um die Software für das GIS- und CAD-System. Die Autodesk User Group Deutschland e.V. ist die Interessenvertretung der Anwender. Ziele sind Informationsaustausch und Wissensvermittlung zu den Autodesk Map-Fachschalen.	
Anlage 13	40.	4980	S. 498	25	Grüne	Der Biberacher Tafelladen benötigt dringend neue Räumlichkeiten mit größeren Flächen, innenstadtnah, in denen eventuell die Nahrungsmittelausgabe, Kleiderkammer, Migrationsberatung des Trägers unter einem Dach untergebracht sind. Wir beantragen die Bereitstellung von entsprechenden Räumlichkeiten bzw. alternativ Gewährung von finanziellen Mitteln, damit dies das Deutsche Rote Kreuz umsetzen kann.	Der Stadt ist die Anforderung des DRK bekannt. Nach Lösungsmöglichkeiten wird gesucht. Sobald konkrete Vorschläge vorliegen, wird das Gremium eingebunden. Eine Bündelung der unterschiedlichen Aktivitäten wird angestrebt (z.B. Sozialkaufhaus).	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 13	41.	4980 700600	S. 498	20	Grüne	Seniorenbeauftragter Es wurde ein Zuschuss von 69.000,- € (bisher: 0 €) eingestellt. Andererseits hat der Hospitalrat (205/2015) diesbezüglich keinen Beschluss gefasst. Wir bitten um nähere Erläuterung.	Es war bekannt, dass der Hospital beabsichtigt, einen Antrag auf Bezuschussung für die Stelle des Seniorenbeauftragten bei der Stadt zu stellen. Da es hierfür keinen Beschluss gibt, wurde der Betrag mit einem Sperrvermerk versehen.	HA 01.12.
Anlage 13	42.	4980 700600	S. 498	20	SPD	Seniorenbüro Auf welchen Beschluss bezieht sich der Ansatz?	Es gibt keinen Beschluss hierfür. Auf die Beratung im HOR dazu wird verwiesen.	
Anlage 13	43.	4980 700700	S. 498 + 213	32	Grüne	Warum sind die Mittel für die „Sozialermäßigungen Stadtlinienverkehr“ um 25.000 € niedriger angesetzt als im Vorjahr, nämlich nur 40.000,- € in 2016 statt 65.000,- € in 2015? Steht dies im Zusammenhang mit der Einführung des Stadtpasses?	Folge der neuen Richtlinien im Stadtlinienverkehr (Dr. Nr. 200/2014). Die Auswirkungen waren im Haushalt 2015 noch nicht abgebildet.	
Anlage 13	44.	5500 701200	S. 500	23	SPD	Luftsportverein Wie ist der Stand des Pachtverhältnisses Flugplatz?	Pachtvertrag läuft Ende 2016 aus. Die Gespräche mit dem Luftsportverein und der Gemeinde Warthausen laufen.	
Anlage 15	45.		S. 441ff	20	CDU	Systematik im Haushaltsplan In einer neuen Anlage werden folgende Informationen bereitgestellt: Aktualisierte Darstellung der Rücklagen und der Zuführung im Planungszeitraum auf Basis der IST-Werte des 3. Quartals des laufenden Jahres und nicht auf Grundlage der Planwerte des laufenden Haushaltsplanes. Darstellung der Höhe und des Zeitraumes der Umlagenzahlungen aus Steuereinnahmen und die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung und auf die Höhe der Rücklagen.	Im Vorbericht auf Seite 056 ist die tatsächliche Entwicklung der Rücklage auf der aktuellen Basis im Text dargestellt. Eine neue Anlage ist nicht notwendig, weil die Darstellung in Anlage 15 verbindlich vorgegeben ist. Über die Änderungsliste wird die Rücklagenentwicklung ohnehin in aktualisierter Form dargestellt und dann werden auch die Belastungen aus den Umlagen als Folge der Mehreinnahmen in 2015 zusätzlich mit aufgenommen und dargestellt. In der Finanzplanung sind diese bereits abgebildet.	HA 01.12.
Anlage 21	46.	EPI 2	S. 537	65	SPD	Lehrschwimmbecken Für 2016 Planungsrate für den Neubau (Erweiterung Hallensportbad) einstellen. Die Fertigstellung soll bis 2020 erfolgen.	Auf die Informationsvorlage DS Nr. 86/2011 wird verwiesen. Aus unserer Sicht ist ein Neubau durch Erweiterung am Hallensportbad sinnvoll. Dies wird im Rahmen der Entscheidung der Grundschule Talfeld mit behandelt.	HA 01.12 BA 03.12.
Anlage 21	47.	2112	S. 537	65	SPD	Mittelberg-Grundschule Die Sanierung soll schon 2017 geplant und 2018 ausgeführt werden, abweichend von der Investitionsplanung.	Das ist dann möglich, wenn ein vergleichbares Projekt der Investitionsliste dafür von 2017 nach 2018 geschoben wird. Voraussetzung: Klärung Raumprogramm	BA 03.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Anlage 21	48.	2112	S. 537	65	CDU	Mittelberg Grundschule Neben der Sanierung wird auch ein Neubau geprüft. Abarbeitung gemäß Investitionsliste. Mögliche Kooperationen wie z.B. mit den Kindergarten St. Michael werden bei den Planungen berücksichtigt.	Bei größeren Sanierungsmaßnahmen wird grundsätzlich ein Neubau gegengerechnet. Bei Neubau stellt sich die Grundstücksfrage, ggf. (kostenintensives) Provisorium. Mögliche Kooperationen sind im Zuge der Entwicklung des Raumprogramms zu klären..	BA 03.12.
Anlage 21	49.	3120 940000	S. 539	II	CDU	Forschung und Entwicklung Das Innovations-und Technologiezentrum ITZ wird umgesetzt, auch falls es zu einem jährlichen Abmangel kommen sollte. Der Nutzen aus diesem Projekt im Hinblick auf Zukunftsfähigkeit und die positiven Wirkungen auf den Arbeitsmarkt rechtfertigen diese Investition.	Wir befinden uns derzeit in Vorbereitung der Vorlage. Diese wird noch vor Weihnachten 2015 verteilt.	HA 01.12.
VwH	50.	0000 641000	S. 50/51	20	FW	<i>Welche Stiftungen sind beitragsfrei mitversichert?</i>	<i>Bei den allgemeinen Versicherungsverträgen (Haftpflicht, Eigenschaden und Vertrauensschaden) sind die Stiftungen Hospital zum Heiligen Geist in Biberach, Christoph Martin Wieland und Gemeinschaftliche Kirchenpflege beitragsfrei mitversichert.</i>	
VwH	51.	0200 632100 + 632200	S. 57/58	10	FW	<i>Wie erfolgt das Austragen von Biko und örtlichen Mitteilungsblättern in den Teilorten?</i>	<i>BiKo: Für das Austragen, auch in den Ortsteilen, ist die Schwäbische Zeitung zuständig, die mit Druck, Anzeigen und Vertrieb beauftragt wurde. Das Austragen hat die Schwäbische an Merkuria vergeben. <u>Ortsnachrichtenblätter</u>: Verteilung erfolgt durch das Wochenblatt.</i>	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	52.	0020 564000	S. 55 + 57	10	CDU	Personalentwicklung Wer prüft die Aufwendungen?	Zu den Aufwendungen gehören wie im Haushaltsplan abgebildet u. a. Qualifizierungsmaßnahmen, die nicht einem konkreten Amt zugeordnet werden können, wie beispielsweise das Nachwuchsprogramm Startklar (siehe auch Bericht zur Personalentwicklung, Vorlage 188/2015) oder der jährliche Gesundheitstag für alle Mitarbeiter. Die Fortbildungsmittel der Ämter und die Mittel der Personalentwicklung ergänzen sich insoweit. Größere Ausgaben der Personalentwicklung wie etwa Führungstrainings werden von der Personalentwicklung mit dem Sachgebietsleiter Personal und dem Hauptamtsleiter abgestimmt. Das Rechnungsprüfungsamt ist die interne Prüfungsinstanz und kann einzelne Vorgänge oder den Gesamtaufwand u. a. im Hinblick auf wirtschaftlichen Mitteleinsatz prüfen. Auch die 5-Jahres-Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt kann die Ausgaben der Personalentwicklung prüfen.	
VwH	53.	0200. 584400	S. 58	10	SPD	Beratungsaufwendungen im Rahmen von Organisationsveränderungen Wofür ist die „Untersuchung eines Amtes“ gedacht ?	Jährlich werden 50.000 € bereitgestellt. Nur 10.000 € sind ohne Sperrvermerk für kleinere Dienstleistungen. Größere Organisationsberatungen bedürfen je eines Gremiumsbeschlusses, daher ist bei 40.000 € ein Sperrvermerk. In den letzten Jahren wurden größere Organisationsberatungen eingekauft für die Zentrale Buchführung in der Kämmerei, für das Ordnungsamt und derzeit die IT-Abteilung. Für 2016 ist noch keine Untersuchung geplant. Es ist derzeit auch nicht absehbar, ob wir mit einem Vorschlag in den Rat kommen.	
VwH	54.	0200. 632000	S. 58	10	SPD	Öffentlichkeitsarbeit Wer fordert die Stadt vermehrt zur Schaltung von Anzeigen auf?	Formulierung ist missverständlich. Stadt wird nicht aufgefordert, sondern vor allem Schwäbisch Media gibt immer mehr Publikationen heraus und es gibt vermehrt Sonderbeilagen, bei der die Stadt um eine – teilweise auch mit redaktioneller Berichterstattung verbundene - Anzeigenschaltung angefragt wird. Diesen Anfragen kann sich die Stadt nicht immer entziehen, da eine Nichtbeteiligung in der Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen würde. Bsp.: 70 Jahre Schwäbische Zeitung oder Schützenfestbeilage.	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	55.	1100 260000	S. 76	32	CDU	<i>Bußgelder und Verwarnungen Hat die Bearbeitung über eine zentrale Bußgeldstelle auch Auswirkungen auf den Einsatz des neu beschafften Messfahrzeugs?</i>	<i>Nein, da diese Fälle von der Stadt Biberach selbst aufgenommen und dann auch bearbeitet werden. Die Weiterleitung von Fällen an die zentrale Bußgeldstelle in Karlsruhe würde nur Verfahren betreffen, die vom Polizeivollzugsdienst erhoben werden.</i>	
VwH	56.	1100 637100	S. 77	32	SPD	Integrationsprojekte und Arbeitskreise Angebote überprüfen und Konzeption erstellen über interkulturelle Bildung, Sprachförderung und Elternmentoren. Das ist alles gut und wichtig. Wer aber macht was? Und: reichen die dotierten Mittel? Bitte flexibles Budget einrichten.	Die bestehende Konzeption wird stetig weiterentwickelt und den aktuellen Anforderungen angepasst. Über den Stand der Projekte informiert die Integrationsbeauftragte jährlich in ihrem Bericht den Hauptausschuss. Die finanziellen Mittel werden projektbezogen von der Integrationsbeauftragten eingesetzt. Die Finanzmittel wurde für 2016 aufgestockt und sollte nach derzeitigem Planungsstand ausreichen. Die Einrichtung eines Budgets ist nicht notwendig, da der gesamte Bereich Integration über eine Haushaltsstelle im Finanzbereich des Ordnungsamtes abgewickelt wird.	HA 01.12.
VwH	57.	1100	S. 82	32	SPD	Ausländerwesen Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Zahlen regelmäßig aktualisiert werden sollen. Im Amt soll geklärt werden, was sinnvoll ist; vielleicht 4 mal jährlich?	Es können vierteljährlich Mitteilung aus dem Ausländerzentralregister (AZR) vorgelegt werden.	HA 01.12.
VwH	58.	2920	S. 91ff.	40	SPD	Schulbudgets Schulen gehen auf sehr unterschiedliche Weise mit ihren Budgets um. Bitte über Erfahrungen berichten.	Die Verwaltung sagt zu, im ersten Quartal 2016 im HA über die Erfahrungen mit den Schulbudgets zu berichten. Es wird auch der von den Schulen geplante Einsatz der Budgets dargestellt.	HA 01.12.
VwH	59.	2920	S. 91ff.	40	CDU	Schulbudget I Es fällt auf, dass die Schulen zum Teil große Summen des Budgets ansparen und übertragen. Die Verwaltung fragt die Schulen über den geplanten Einsatz des Budgets ab und stellt diese im HA dar.	siehe Nr. 58	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	60.	2920	S. 91ff.	20	CDU	Schulbudget II Bauhofdienstleistungen werden nicht über das Schulbudget abgerechnet. Wir verweisen auf unsere Schnellanfrage vom 03.07.2015 und teilen die Auffassung des ABBS.	Es ist Gegenstand des Beschlusses bei Einführung des Schulbudgets (Dr. Nr. 12/1998), dass dazu auch Bauhofleistungen gehören, die von den Schulen in Auftrag gegeben werden. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren - im Gegensatz zu früher - keine Bauhofleistungen mehr angefallen sind, zeigt wir richtig und sinnvoll das war. Allerdings gehören gebäudebezogene Bauhofleistungen nicht ins Budget. Die Problematik in 2014 hat sich an den Frondienstleistungen entzündet, die ungenau rapportiert waren. Das Problem ist behoben und die Budgets wurden um die nicht korrekten Buchungen im Jahr 2014 im Folgejahr 2015, wieder entlastet.	HA 01.12
VwH	61.	EPlan 2	S. 93	40	CDU	Flexible Nachmittagsbetreuung In Summe ist ein Rückgang der Einnahmen zu beobachten, was auf eine geringere Inanspruchnahme der FNB vermuten lässt. Die Verwaltung berichtet gelegentlich im Gremium.	Der Einnahmerückgang kommt daher, dass der Ansatz 2015 versehentlich auf der Kalkulation von einer Maximalauslastung (alle Schüler inkl. Prognose buchen 15 h) berechnet worden ist. Wenn man die Rechnungsergebnisse 2014, 2015 und den Ansatz 2016 vergleicht, sind die Einnahmeentwicklungen konstant und realistisch.	HA 01.12
VwH	62.	EPlan 2	S. 93	40	FW	<i>Flexible Nachmittagsbetreuung Die Nachfrage ist geringer als erwartet (Beispiel u. a. GS Rißegg, S. 112). Wie kam es zu der Fehleinschätzung? Sind die Eltern befragt worden? Welche Folgen hat dies für die Kosten, die der Stadt pro Kind entstehen? Wie ist zu erklären, dass nur ein Teil der Kinder mit flexibler Nachmittagsbetreuung ein Mittagessen einnimmt?</i>	<i>Für die Kalkulation des Ansatzes 2016 wurde die Verteilung der Buchung für die einzelnen Bausteine (5h, 10h, 15h) aus dem vorangegangenen Schuljahr genommen. Für den Ansatz 2015 gingen wir versehentlich von einer Maximalauslastung (alle Schüler inkl. Prognose buchen 15 h) aus. Dieses Versehen hatte bzw. hat keine Auswirkungen auf den Umfang der Personalausstattung und damit auf die anfallenden Personalkosten. Der Ansatz 2016 orientiert sich an den Ergebnissen 2014 und 2015. Eltern sind nach wie vor flexibel in der Auswahl des Betreuungsumfanges am Nachmittag. Die Gruppen werden entsprechend den Anmeldungen eingerichtet. Es handelt sich um <u>durchschnittliche</u> Essenszahlen, nicht alle Kinder essen an allen Tagen.</i>	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	63.		S. 138	40	FW	Ist die Akzeptanz des Mensa-Essens bei den Schülern weiterführender Schulen nach Inkrafttreten der Subventionierung gestiegen? Ist eine Trendwende erkennbar?	Die Essenszahlen insgesamt sind mit Beginn des Schuljahres 2015/16 leicht angestiegen im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings ist bei den Schüleressen keine Veränderung eingetreten – diese kann auch nicht vom Zuschuss abhängig gemacht werden, denn die Schüler zahlen nicht weniger pro Essen (früher 3,95 €, jetzt 4,00 € mit Subvention). Daher kann über die Subvention keine Aussage über die Akzeptanz bei den Schüleressen getroffen werden. Bei den Lehrern und sonstigen Nutzern allerdings ist mit der Subventionierung ein deutlicher Anstieg der Essenszahlen im Vergleich zum Vorjahr zu sehen. So haben sich an den Grundschulen Braith und Gaisental wieder Lehrer zum Essen angemeldet, hier haben im letzten Schuljahr ohne Subventionierung keine Lehrer mehr gegessen. Die Zahl der Essen für sonstige Nutzer beträgt nun pro Monat ca. 20 Essen pro Grundschule. Am Heinz H. Engler-Forum und an den Gymnasien sind die Essenszahlen der sonstigen Nutzer stark gestiegen (HHEF ohne Subventionierung ca. 45-50 Essen pro Monat, nun mit Subventionierung 150 Essen; an den Gymnasien von ca. 150 auf 250 Essen). Die Zahlen belegen, dass durch die Subventionierung auch wieder mehr Lehrer in der Mensa zum Essen gehen. Zur Akzeptanzsteigerung wird auf das derzeitige Projekt des MLR hingewiesen „Mach's Mahl – Große Küche, gutes Essen“, an dem die Mensa WG/PG zusammen mit dem Dornahof teilnimmt. Hier wird u.a. die Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz der Mensa mithilfe von Experten unter die Lupe genommen. Desweiteren steht eine kostenlose DGE-Zertifizierung im Mittelpunkt des Projekts.	
VwH	64.	3450	S. 171	41	SPD	Was schlägt die Verwaltung hinsichtlich des Zuschusses für Personal an der JuKs vor?	Siehe Drucksache Nr. 258/2015. Voraussichtliche öffentliche Beratung im GR 07.12.15	
VwH	65.	4600 700100	S. 186	I	SPD	Abenteuerspielplatz Wie ist der aktuelle Gesprächsstand?	Die Gespräche zwischen Abenteuerspielplatz-Verein und Jugend Aktiv haben stattgefunden. Die Fragen von Jugend Aktiv sind beantwortet. Ein gemeinsames und abgespecktes Konzept wird Anfang 2016 vorliegen. Dem Mitarbeiter des Abenteuerspielplatzes wurde zum Jahresende gekündigt.	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	66.	4600	S. 186	I	FW	Abenteuerspielplatz Wie ist der aktuelle Stand? Gibt es inzwischen das geforderte Konzept? Ist die Zusammenarbeit mit Jugend Aktiv zustande gekommen?	Siehe Nr. 65	
VwH	67.	EPlan 4	S. 022/190	40	SPD	Sprachförderung und Landesförderung Sind die Aussagen nicht widersprüchlich?	In Biberach gibt es das Biberacher Sprachfördermodell. Die hierfür entstehenden Kosten werden nicht über das FAG refinanziert.	
VwH	68.	EPlan 4	S. 190 ff	40	FW	Ermittlung der Gründe, warum etwa 10% der Vorschulkinder keinen Kindergarten besuchen.	Das ABBS kann nicht nachvollziehen, wie dieser Prozentsatz zu Stande kommt. Auf Anfrage erklärte das Staatliche Schulamt, dass ihnen dieser Prozentsatz auch unrealistisch vorkommt. Die Datenerhebung ist äußerst verwaltungsaufwändig. Der geschäftsführende Rektor wird hierzu die Grundschulleiter in einer Besprechung vom 24.11.2015 befragen. Ein geraumer Prozentsatz kann mit dem Besuch eines Schulkindergartens oder dem Zuzug kurz vor der Einschulung begründet werden.	HA 01.12.
VwH	69.		S. 192	40	FW	Budget Kindergärten. Anpassungsbestrebungen Wie ist der letzte Satz auf S. 192 zu verstehen? Von wem gehen die Bestrebungen aus?	Die Kindergartenbudgets wurden letztmals im Jahr 2010 erhöht. Seitdem haben sich viele, auf die Budgets Wirkung entfaltende Veränderungen ergeben, die nicht mit Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden können – z. B. Rundfunkgebührenpflicht, steigende Mitarbeiterzahlen und dadurch höherer Fortbildungsbedarf, FAG-Zuschläge für Fortbildungsmaßnahmen werden nicht durchgereicht. Ein Zuschlag von z.B. 50 €/Jahr für den GT-Betrieb ist nicht realistisch, die Budgets spiegeln auch nicht die unterschiedlichen Betreuungsbausteine in den Einrichtungen wieder. Die Anpassung der Budgets ist in trägerübergreifendem Interesse.	
VwH	70.	4647 700200	S. 209	40	FW	Kinderkrippen Erstattung Betriebsausgaben Wie ist der Stand der Verhandlungen? In welcher Höhe könnten Kosten auf die Stadt zukommen?	Die Krippenverträge sind in der internen Endabstimmung. Die Höhe der Nachzahlungen für die Kinderkrippen wird maßgeblich von der Höhe der über die gesetzlich vorgesehene, zusätzliche Förderung abhängen. Wir gehen davon aus, dass die Verträge im 1. Quartal 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden können.	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	71.	5613 + 5614	S. 226 - 229	40	FW	Bei den Gymnasien wird von Turnhallen und einer Sporthalle gesprochen. Welche Halle nennt sich wie und weshalb?	<p>Sporthallen sind eigentlich alle gedeckten Hallen zur Ausübung verschiedener Sportarten. Üblich sind folgende Bezeichnungen: Gymnastikhallen (i.d.R. ungeeignet für Ballsportspielarten) Turnhallen (i.d.R. 15 x 27 m als Einfeldhalle oder 18 x 36 Meter als Zweifeldhalle) Sporthallen (i.d.R. mind. 3 Hallenteile, für alle Ballsportarten geeignet, Basis für die Größe ist das Handballspielfeld mit 20 x 40 m plus Sicherheitsabstand)</p> <p>Unter der Bezeichnung „Turnhallen der Gymnasien“ auf S. 226 sind die beiden Zweifeldhallen mit den Abmessungen von jeweils 18 x 36 Meter gemeint: Halle N (PG-Halle, Halle 4 – 5), umgangssprachlich auch PG-Sporthalle 4 und 5 Halle A (WG-Halle, Halle 6 – 7), umgangssprachlich auch WG-Turnhalle</p> <p>Unter der Bezeichnung „Sporthalle der Gymnasien“ auf S. 228 ist die Dreifachhalle gemeint: Halle P (PG-Halle, Halle 1 – 3), umgangssprachlich PG-Sporthalle</p> <p>Die beiden Gymnasien nutzen alle drei Hallen im Sportunterricht. Sie legen Wert darauf, dass die Turn- und Sporthallen namentlich nicht einer bestimmten Schule zugeordnet werden.</p> <p>Die einzelnen Gebäudeteile / -abschnitte der beiden Gymnasien sind mit Buchstaben bezeichnet, beginnend mit A für die „WG-Turnhalle“ durchlaufend bis P für die „PG-Sporthalle“.</p>	
VwH	72.	5800 519100	S. 236	23	SPD	Der Bestand an Kleingartenanlagen soll erhalten bleiben. Für eventuell wegfallende Parzellen soll Ersatz (auch in Ortsteilen möglich) geschaffen werden.	Die Kleingartenanlage in Mettenberg wurde wieder aktiviert und wird aktuell vergeben.	HA 01.12.
VwH	73.	5800 519100	S. 236	23	CDU	Konzept zu den Kleingärten Wann kommt das für 2015 zugesagte Konzept zu den Kleingärten?	Aktuell sind die Ressourcen des Liegenschaftsamts durch andere Projekte gebunden. Das Kleingartenkonzept wird aber so schnell wie möglich vorgelegt.	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	74.	5800	S. 237	61	CDU	Wie steht es um das Thema „Nachhaltige Stadt“?	Wie in den HHPL-Beratungen 2014 dargestellt, war eine Kooperation zwischen der EnBW („Nachhaltige Stadt“) und dem EEA-Prozess mit dem Schwerpunkt Gewerbe und Industrie angedacht. Im Rahmen des EEA-Prozesses besteht jetzt die Möglichkeit, in Kooperation mit dem Landkreis und der IHK das Thema Gewerbe, Industrie anzugehen.	
VwH	75.	6100 632000	S.245/24 6	61	CDU	Broschüre Bebauungsplanverfahren und Bürgerbeteiligung? Wann kommt die für das erste Quartal 2015 zugesagte Broschüre zu diesen Themen?	Die Bearbeitung hat sich aufgrund anderer dringender Projekte verzögert. Ein abgestimmter Entwurf für die Broschüre liegt vor. Die Broschüre wird Anfang 2016 in Druck gehen.	
VwH	76.	6100	S. 246	61	CDU	Spielplatzleitkonzept Bitte darstellen, warum 40.000 € dotiert sind. Die derzeitige Beschlusslage ist klar. Pro Jahr wird ein Spielplatz saniert. Warum benötigt es ein solches Konzept? Laut Auskunft der Verwaltung ist diese völlig ausgelastet.	Das Spielplatzkonzept aus dem Jahr 1999 muss dringend fortgeschrieben werden, um für die Zukunft sinnvolle Qualitäten, Standards und Einzelmaßnahmen ableiten zu können.	
VwH	77.	6300 514000	S. 252	66	SPD	Lichtsignalanlagen Bitte die generelle Abschaltung von Ampeln in verkehrssamen Zeiten unter dem Aspekt der Sicherheit überprüfen und gegebenenfalls verändern.	Die aktuellen Schaltzeiten wurden im Jahr 2010 festgelegt (siehe DS 190/2010). Aus Sicht der Verwaltung ist durch die damalige Reduzierung keine Verschlechterung für die Verkehrsteilnehmer eingetreten. Vereinzelt melden sich Bürger mit der Bitte um Verlängerung der Schaltzeiten für die Fußgängerfurt im Bereich Ulmer Straße/Ernst-Boehringer-Straße. Hier wird ein Dunkelprogramm (schlafende Ampelschaltung) installiert. Die Verwaltung wird im Jahr 2016 eine erneute Prüfung in Abstimmung mit den jeweiligen Straßenbaulastträgern vornehmen und dem Ausschuss dann berichten.	BA 03.12.
VwH	78.	6300	S. 256	32	Grüne	Auf dem Gigelberg nehmen die Parkierungen stetig zu. Der Gigelberg scheint als Parkplatz für längeres und kostenfreies Parken bei nur 5 Gehminuten zur Innenstadt sehr geeignet. Wir beantragen, den Gigelberg in das Parksysteum umfänglicher zu integrieren, u.a. mit besserer Ausschilderung, Parkplatzausgestaltung und -markierung.	Grundsätzlich guter Vorschlag. Eine Einbindung in das dynamische Parkleitsystem ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Eine Kennzeichnung auf den P-Info-Schildern wird geprüft.	BA 03.12.
VwH	79.	6300	S. 256	32	CDU	Parken in der Stadt Für den Holzmarkt wird geprüft, ob 5 Parkplätze in Kurzzeitparkplätze mit einer Parkdauer von 12 Minuten umgewidmet werden können. Die Verwaltung stellt die Kosten für die Umsetzung dar.	Die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen auf dem Holzmarkt wird geprüft. Es wird dadurch voraussichtlich die Aufstellung von Parkuhren o.ä. erforderlich sowie eine Änderung der Parkgebührensatzung.	BA 03.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterab-schnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	80.	7300	S. 268	23	CDU	Jahrmärkte Diese sind zukünftig kostendeckend zu führen.	Eine kostendeckende Führung ist das Ziel, kann aber nur mit einer spürbaren Gebührenanpassung erreicht werden. Hierzu wird eine Beschlussvorlage in den HA 01.12. eingereicht.	HA 01.12.
VwH	81.	7650 637000	S. 277	25	Grüne	Das Projekt „Nette Toilette“ sehen wir als einen bewährten und „Notdurft-notwendigen“ Bürgerservice an. Wir beantragen, das Projekt „Nette Toilette“ im bisherigen Umfang weiterzuführen.	In der Vergangenheit waren die Gastronomietoiletten der Grundpfeiler des Angebots. Geänderte Öffnungszeiten (z.B. Restaurant Weißer Turm) machten Vertragskündigungen notwendig. Die Neuausrichtung setzt auf die kundenfreundlichen, vorhandenen öffentlichen Einrichtungen (Tiefgarage Viehmarkt und Stadthalle, JMS, Museum, Rathaus) mit denen die Innenstadt flächendeckend abgedeckt ist und die das Angebot an öffentlichen Toiletten zusammen mit dem Cafe Weichhardt sinnvoll ergänzen. Die Umstellung hat in 2015 zu keinen Defiziten geführt. Neue Flyer und Aufkleber, die auf das geänderte Angebot hinweisen, sind in Vorbereitung.	HA 01.12.
VwH	82.	7650 637000	S. 277	25	FW	<i>Die „Nette Toilette“ soll zurückgefahren werden. In welchen öffentlichen Einrichtungen gibt es WCs über den bisherigen Stand hinaus? Welche Nette Toilette ist noch übrig geblieben? Wie werden die Abend- und Wochenendzeiten abgedeckt, wenn die öffentlichen Einrichtungen geschlossen sind?</i>	<i>Siehe Nr. 81</i>	
VwH	83.	7650 637000	S. 277	25	CDU	<i>Öffentliche Bedürfnisanstalten Warum wird die nette Toilette abgeschafft?</i>	<i>Siehe Nr. 81</i>	HA 01.12.
VwH	84.	7710 512000	279	68	FW	Blumenschmuck Die Stadt setzt weitere Anreize für die Altstadtbewohner, ihre Häuser mit Blumen zu schmücken, indem sie den Abtransport von Balkonblumen und Blumenerde für die Bürger eines definierten Altstadtbezirks unterstützt. Da die Entscheidung für Blumenschmuck im Frühjahr gefällt werden muss, wird der infrage kommende Personenkreis rechtzeitig im Frühjahr informiert.	Das Baubetriebsamt informiert im Frühjahr (April) die Altstadtbewohner, bei deren Gebäude ein Blumenschmuck vorhanden ist bzw. möglich wäre über die Möglichkeit der Entsorgung der Balkonblumen samt Blumenerde im Herbst (Oktober) über die Stadt Biberach. Es erfolgt eine nochmalige Information kurz vor dem Entsorgungstermin.	BA 03.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	85.	7900 638100	S. 282 + 283	41	SPD	Stadtmarketing Gibt es eine sinnvolle Begründung für den Anstieg des Etats beim Projekt „Neue Lust auf Innenstadt“? Wer trägt diese Aufgabe?	Der Markenbildungsprozess soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden. Hierfür wurden vom GR mit Drucksache 54/2015 erhöhte Mittel zugesagt und zum Haushalt 2017 vom Kulturamt angemeldet. Die Bezeichnung der Haushaltsstelle ist irreführend und sollte geändert werden.	
VwH	86.	7900 638100	S. 282 + 283	41	CDU	Stadtmarketing Das „Projekt Innenstadt“ muss in „Markenbildung“ umbenannt werden.	Vorschlag wird gerne umgesetzt.	
VwH	87.	8170	S. 286ff	swb	CDU	Stadtbus / ÖPNV Schulferien Die Stadtbuslinien sollen zukünftig auch während der Schulferien in der sonst üblichen Taktfrequenz bedient werden. Derzeit findet in den Ferien zwischen 9 Uhr und 15 Uhr ein um die Hälfte reduzierter Takt statt. Die Einschränkung macht keinen Sinn, da während dieses Zeitraums sowieso und auch in der Schulzeit wenig Schüler fahren.	SWB: Kann technisch problemlos umgesetzt werden. Zusätzliche Fahrzeuge sind hierzu nicht notwendig. Die Angebotsausweitung an Ferien- und Samstagen führt zu Mehreinnahmen, die jedoch die Mehrkosten nicht decken können. Kosten sind noch nicht ermittelt. Bei Zustimmung durch GR wird der Antrag weiter untersucht.	HA 01.12.
VwH	88.	8170	S. 286ff	swb	CDU	Stadtbus / ÖPNV / zusätzliche Fahrten Bei allen Stadtbuslinien sollen zukünftig täglich am Abend und auch am Samstag eine (prüfen: oder auch zwei) zusätzliche Fahrt angeboten werden. Verlängerte Öffnungszeiten und verlängerte Marktzeiten tragen zu einem zusätzlichen Bedarf für ÖPNV-Nutzer bei. Betroffen sind sowohl Kunden als auch Mitarbeiter von Geschäften und Markt	SWB: Siehe oben.	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	89.	8170	S. 286ff	swb	CDU	<p>Stadtbus / ÖPNV / AST</p> <p>Das AST (Anrufsammeltaxi) ist wieder mit Niederflurfahrzeugen auszustatten.</p> <p>Seit dem Anbieterwechsel wird das AST nur mit VW-Bussen bedient. Es häufen sich die Klagen von AST-Nutzern, die den erschwerten Ein- und Ausstieg sowie die oft vorhandene Enge im Fahrzeug bemängeln. Besonders Mitbürger, die gehbehindert sind oder einen Rollator mit sich führen, sind davon betroffen. Außerdem soll deshalb auch das Fahrgastaufkommen bei diesem bisherigen Erfolgsmodell deutlich zurückgegangen sein.</p> <p>Hier möchten wir auch nach einem Update zum letztjährigen Beschluss der Ausweitung der Fahrzeiten des AST an den Wochenenden nachfragen.</p>	<p>SWB: Das fehlende Niederflurfahrzeug beim AST hat zu einem Rückgang der Akzeptanz des AST geführt. Der aktuelle Vertrag läuft noch bis 31.12.2017. Ein schneller Austausch der vorhandenen Fahrzeuge ist nicht oder nur mit hohem finanziellen Aufwand möglich. Bei der nächsten Ausschreibung sollen sowohl Niederflurfahrzeuge als auch optional geräumige Kleinbusse ausgeschrieben werden. Die Stadtwerke werden vorab prüfen, inwieweit Fördermittel für Niederflurfahrzeuge beantragt werden können.</p>	HA 01.12.
VwH	90.	8400	S. 289	41	CDU	<p><i>Gastronomie Stadthalle</i></p> <p><i>Wie ist der Stand der Überlegungen nach Beendigung des Pachtverhältnisses mit Lerch?</i></p>	<p><i>Eine Vorlage zum künftigen Gastronomiekonzept ist in der verwaltungsinternen Abstimmung und soll in einer Sitzung Anfang 2016 beraten werden.</i></p>	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	91.	8400	S. 291	41	CDU	Kultur für Schüler und Studenten Einführung eines Kultur-Abonnements für Schüler und Schülerinnen, Studentinnen und Studenten, z.B. 5 ausgewählte Veranstaltungen zum Preis von 40 €. Neben dem Wahl-Abo für Erwachsene soll es gleichberechtigt ein Abo für Schüler geben. Junge Menschen sollen so leichter an kulturelle Veranstaltungen jeglicher Art herangeführt werden.	Das Kulturamt bietet für Schülerinnen und Schüler sowie für Studentinnen und Studenten ein umfangreiches Angebot von Ermäßigungen: - Das Wahlabonnement ist für den benannten Personenkreis um weitere 25% ermäßigt. - Für Schulklassen gibt es spezielle Schulklassentarife, die an den Schulen beworben werden. Im Klassenverband kostet der Eintritt bei Veranstaltungen zwischen 4 und 9 €. - Seit September gibt es das Last Minute-Ticket für Schüler und Studenten. Hierüber sind Restkarten an der Abendkasse zum Preis von 4 bis 9 € erhältlich. Die Einführung eines Kultur-Abonnements mit vorgegebenen Veranstaltungen für Schüler und Studenten ist nicht zielführend, da das Interesse je nach Altersklasse stark unterschiedlich ist. Ein 10jähriger hat andere Interessen als eine 18jährige. Insofern ist das bisherige Angebot unseres Erachtens zielgerichteter. Da die Eintrittspreise der Veranstaltungen sich an den Gestehungskosten (z.B. Honoraren/Gagen) orientieren, würden zusätzliche Vergünstigungen auf der einen Seite zu höheren Eintrittspreisen auf der anderen Seite führen oder aber den Zuschussbedarf erhöhen was letztlich das Kulturbudget belasten würde.	HA 01.12.
VwH	92.	8551	S. 294	82	CDU	<i>Forstwirtschaft Warum geht der Reinertrag zurück?</i>	<i>Die Berechnung des Reinertrags erfolgt immer nach dem gleichen Schema. Die tatsächlichen Ergebnisse waren in den letzten Jahren deutlich besser als noch in der Planung prognostiziert. Für 2016 und 2017 sind außerordentliche Mehraufwendungen für die Wegeunterhaltung, Aufforstung und Forsteinrichtung eingeplant, die das Betriebsergebnis und den Reinertrag beeinflussen.</i>	
VwH	93.	9000	S. 300/301	20	FDP	Die Grundsteuerhebesätze A und B werden zum 01.01.16 auf 200 v. H. gesenkt. Bei Ablehnung wird folgender Hilfsantrag gestellt: Die Grundsteuerhebesätze A und B werden zum 01.01.17 auf 200 v. H. gesenkt.	Die Haltung der Verwaltung ist auf Seite 014 zum Vorbericht beschrieben. Senkung würde pro Monat und Quadratmeter rund 4 Cent Entlastung für Mieter bringen. Mehrfacheigentümer profitierten von der Senkung am stärksten.	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VwH	94.	9000	S. 300/301	20	FW	Senkung des Grundsteuer-Hebesatzes von 300%-Punkten auf 200%-Punkte	Siehe 93.	HA 02.12.
VwH	95.	9100.850000	S. 304	20	Grüne	Wo bzw. wie ist der Stadtpass haushalterisch hinterlegt?	Mittel in Höhe von 100.000 € sind in der Deckungsreserve enthalten.	
VwH	96.		S. 019 +304	I	SPD	Gebührenerhöhungen und Stadtpass Wann ist mit der Einführung des Stadtpasses zu rechnen? In diesem Zusammenhang kann man Gebührenanpassungen diskutieren.	Für die Umsetzung der Beschlussvorlage 74/2015 wird eine elektronische Karte benötigt, die mit den notwendigen Funktionen ausgelegt ist und keine optischen Unterschiede zwischen Ehrenamtlichen und Geringverdienern zeigen soll. Dies war ein ausdrücklicher Wunsch des Gemeinderats – sonst hätte der Stadtpass schon länger eingeführt werden können. Es wurden Gespräche mit Technikanbietern geführt, um zu prüfen, ob die Einführung des Stadtpasses mit einem Standardverfahren erfolgen kann. Die für den Stadtpass beschlossene kombinierte Nutzung von Ehrenamt und Geringverdienern ist eine innovative Idee, passende Systeme sind dafür allerdings bisher nicht verfügbar. Dies macht die technische Umsetzung komplizierter als ursprünglich angenommen, ein bestehendes System muss nun auf das „Biberacher Modell“ angepasst werden. Voraussetzung für diese Anpassung ist ein beschränktes Ausschreibungsverfahren, die notwendige Vorlage wird aktuell vorbereitet und soll im Januar in die Gremien kommen. Mit einer konkreten Umsetzung des Stadtpasses ist daher zum Jahresmitte 2016 zu rechnen. Bei der Nutzung einer Karte mit optischen Unterschieden könnte die Einführung des Stadtpasses – auch übergangsweise – innerhalb einiger Wochen erfolgen.	
VmH	97.	3120 947000	S. 339	II	SPD	ITZ Plus Aktuellen Projektstand darstellen. Gibt es inzwischen Veränderungen?	siehe Ausführungen zu Nr. 49	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VmH	98.	7240	S. 387	60	Grüne	Altlasten Wir bitten um eine Auflistung der städtischen Altlasten verbunden mit der Frage, wann diese monetär bewertet werden bzw. in welcher Größenordnung fallen hier Kosten zukünftig an?	Die vom Landratsamt durchgeführte historische Untersuchung altlastverdächtiger Flächen im Landkreis Biberach weist auf der Gemarkung Biberach Altablagerungen und Altstandorte aus. Diese Altlasten sind hinsichtlich ihres Handlungsbedarfs von der Fachbehörde bewertet. Aus dieser Bewertung ergibt sich für die Altlasten, für die die Stadt Biberach zuständig zeichnet, kein Handlungsbedarf. Ein Handlungsbedarf entsteht eventuell dann, wenn durch bauliche Maßnahmen in eine Altlast eingegriffen wird.	BA 03.12.
VmH	99.	8800	398	II	FDP	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Schriftlich übermittelte Fragen aus dem HA 15.10.15 bis zu den Haushaltsberatungen beantworten, da die Eigenkapitalzuführung Bestandteil des Vermögenshaushaltes ist.	Die Antworten wurden am 17.11.15 per Mail übermittelt.	HA 01.12.
VmH	100.	8810 932000	399	23	SPD	<i>Grunderwerb Hochwasserschutz Wie ist der aktuelle Stand?</i>	<i>Nach erfolgreichem Grunderwerb für die Hochwasserschutzmaßnahmen in Ringschnait und Hofen/Stafflangen, wurden die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern im Wolfental wieder aufgenommen. Schwierigkeiten bereiten nach wie vor die hohen Kaufpreisvorstellungen der Grundstückseigentümer. Es sollen dennoch zeitnah die notwendigen Flächen erworben werden.</i> <i>Wenn der Grunderwerb getätigt ist, kann mit den Planungen begonnen werden.</i>	

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
VmH	101.	8810	S. 399	II/23	CDU	<p>Gesundheitspolitik</p> <p>Im Rahmen des Grundstückstauschgeschäftes für die Sanaklinik zwischen Stadt und Landkreis erwirkt die Stadt eine Zusatzvereinbarung, die den derzeit öffentlichen Status quo als Grundlage des Vertrages festschreibt sowie die Urologie und Orthopädie in Biberach verortet. Die Stadt erwirkt ein vertragliches Rücktrittsrecht für den Fall, dass diese Grundlagen einseitig durch Landkreis oder Sana geändert werden. Da die Stadt Biberach die rechtlichen Rahmenbedingungen schafft und die Grundstücke zur Verfügung stellt, ist ein Mitwirken seitens der Stadt in dieser für die Stadt und die Gesundheitsversorgung wichtigen Maßnahme unerlässlich. Wir wollen keine weiteren negativen Überraschungen wie die Verlegung der geriatrischen Reha mehr erleben.</p>	<p>Im Vertrag wird ein Rücktrittsrecht für den Fall aufgenommen, dass das Projekt Sana-Klinik aus welchen Gründen auch immer nicht realisiert werden kann und das Klinikprojekt im Ganzen nicht zustande kommt.</p> <p>Die Landeskrankenhausplanung gibt den generellen Rahmen der Entwicklung vor.</p> <p>Im Rahmen des medizinischen Konzeptes (Vertragsbestandteil) präferiert Sana einen starken zentralen Standort, an dem alle Leistungen gebündelt werden. Entsprechend wurden auch in den vergangenen drei Jahren schon Leistungen in Biberach zentralisiert. Es entspricht aber auch der aktuellen Erkenntnis, dass die Aufrechterhaltung von klinischen Angeboten in Laupheim und Riedlingen Portalfunktionen darstellen, was wiederum die Zentrale stärkt. Sana bringt im Schwerpunkt alle Leistungen für den akut-stationären Bereich.</p> <p>Die Geriatrische Rehabilitation gehört nicht dazu.</p> <p>Die Stadtspitze erwartet entsprechend dem Medizinischen Konzept, dass der zentrale Standort nicht geschwächt, sondern weiter gestärkt wird. Dazu gehören zusätzliche medizinische Angebote wie etwa die gerontopsychiatrischen und psychosomatischen Angebote des ZfP sowie das Endoprothetikzentrum.</p> <p>Im Februar 2016 wird SANA über den aktuellen Stand im Bau berichten.</p>	<p>HA 01.12.</p> <p>BA 03.12.</p>
VmH	102.	8810	399	23	SPD	<p>Grunderwerb</p> <p>Alternative Vorgehensweisen sollten erprobt werden. So sollten aktuelle Lehrstände und freie Flächen auf Nachverdichtung hin untersucht werden (analog Konzeption Stafflangen)</p>	<p>Leerstände in den Teilorten und in Biberach werden bereits vom Liegenschaftsamt fokussiert. Teilweise wurden schon Gespräche mit Eigentümern geführt.</p>	<p>HA 01.12.</p>

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Sonstiges	103.			61	CDU	Neue Baugebiete Biberach kann Bauwilligen derzeit keine neuen Flächen anbieten. Die Verwaltung prüft zeitnah die Umsetzung des Baugebiets Rißegger Steige, 2. BA als Fortsetzung des Konzeptes des preiswerten Bauens sowie eine Erweiterung des Baugebiets Weißdornweg nach dem Wegfall der oberirdischen 20kv-Leitung.	Als nächstes großes Baugebiet wird das Gebiet Hauderboschen (ca. 10 ha) entwickelt. Darüber hinaus ist in Rißegg-Rindenmoos das Gebiet Breite ab 2017 vorgesehen (siehe Investitionsprogramm). Das Konzept des preiswerten Bauens soll in diesen und weiteren Gebieten weiterverfolgt werden.	BA 03.12.
Sonstiges	104.		S. 020	20	SPD	<i>Kostendeckungsgrade städt. Einrichtungen Darstellung erweitern um Zuschüsse bzw. die Gesamtsummen nennen.</i>	<i>Ergibt sich aus den Zahlen und Kennzahlen bei den jeweiligen Unterabschnitten der Einrichtungen im Zahlenteil des Verwaltungshaushalt.</i>	
Sonstiges	105.			25	CDU	Mehrfachnutzung von öffentlichen Gebäuden Die Verwaltung berichtet, nach welchen Maßstäben zukünftig Gebäude vor dem Hintergrund einer Mehrfachnutzung zu planen sind. Bestehende öffentliche Gebäude werden sukzessive auf eine Mehrfachnutzung hin überprüft.	Grundsätzlich ist unser Ziel, Mehrfachnutzungen zu ermöglichen und durchzusetzen. Sie lösen in der Praxis oftmals Konflikte aus (siehe Diskussion Aulanutzung HHEF durch BFM). Eckpunkte für eine erfolgreiche Mehrfachnutzung werden definiert.	HA 01.12.
Sonstiges	106.			25	FW	Die Verwaltung ermöglicht die Mehrfachnutzung vorhandener Räume in öffentlichen Gebäuden, indem externen Mietern ein unbürokratischer Zugang ermöglicht wird.	siehe Nr. 105	HA 01.12.
Sonstiges	107.		S. 021	25	SPD	Wohnungsvermietung in „gemischt genutzten Gebäuden“. Beispiele nennen.	Zum Beispiel: Rindenmooser Straße 3, Untere Schranne, Heusteige 31, Feuerwehrwohnungen	HA 01.12.
Sonstiges	108.		S. 049/245	61	SPD	Ein ganzheitliches städteplanerisches Konzept für das Quartier Bahnhofsvorplatz, ZOB, Vollmerstr. soll vorgelegt werden (war schon für 2015 zugesagt) und mit einer Planungsrate versehen werden.	Gemäß Investitionsprogramm soll im Jahr 2017 mit der Planung für diesen Bereich begonnen werden.	BA 03.12.
Sonstiges	109.			III	SPD	<i>Planung Postareal Welche Mitgestaltungsmöglichkeit hat die Stadt (und der Gemeinderat) bei der Weiterführung der Planungen des Postareals?</i>	<i>Wie im Zuge der Projektvorstellung und des B-Planverfahrens erörtert sind die Einflussmöglichkeiten beschränkt. Die Immobilie ist im Privateigentum, steht nicht unter Denkmalschutz. Ein Abriss kann nicht verhindert werden. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens steuern wir die Nutzung, das Bauvolumen und per öffentlich-rechtlichem Vertrag im Einvernehmen mit dem Eigentümer die Gestaltung des Neubaus.</i>	
Sonstiges	110.		S. 036/037	20	Grüne	„Die weiteren sächlichen Ausgaben bewegen sich leicht unter dem bisherigen Niveau.“ Es handelt sich hierbei um Ausgaben von 1.137.700 Euro. Wir bitten um Nennung zumindest der gewichtigsten Ausgabeposten.	In Anlage 1 zur Gesamtliste der Haushaltsanträge ist eine Übersicht über alle Haushaltsstellen enthalten.	HA 01.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Zuordnung	Nr.	HHStelle / Unterabschnitt	HHPl. S./ Nr. in Vorlage 239/2015	Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme der Verwaltung	Beschluss Ausschuss am
Sonstiges	111.		S. 046	II	SPD	Wohnungsbau Der Finanzrahmen für den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft soll auf max. 6 Mio. Euro angehoben werden. Die Ausführung von Wohnbauprojekten kann auch in Partnerschaft mit bewährten lokalen Investoren (Baugenossenschaft - GWO) unternommen werden.	Hierzu wird auf den Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft sowie auf die Vorlage mit der Drucksache Nr. 265/2015 verwiesen.	HA 01.12.
Sonstiges	112.		S. 046	II	FW	Sofortiger Einstieg in die Planung von 60 - 80 Wohnungen für Inhaber von Wohnberechtigungsscheinen	siehe oben	HA 01.12.
Sonstiges	113.			II	CDU	Bezahlbarer Wohnraum Sollte der EB Wohnungswirtschaft mehr als die in 2016 eingestellten 3 Mio. Euro an Mitteln für die Schaffung von preiswertem Wohnraum benötigen, so wird der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft ermächtigt, zusätzliche Mittel für weitere Projekte zu beschaffen. Die Projekte werden im HA dargestellt.	siehe oben	HA 01.12.
Sonstiges	114.			40	FW	Erarbeitung eines Konzepts, wie die Aufenthaltsqualität der jungen Generation in Biberach verbessert und deren Eigeninitiative gefördert werden kann. Grundlage ist die Informationsvorlage Nr. 89/2013 (Wiederholung des Antrags zum HH 2015).	In Umsetzung der Vorlage 89/2013 wurden weitere private Initiativen der Jugendkulturarbeit unterstützt und gefördert (z.B. Kooperation zwischen Museum und Kultur-Reservoir beim Poetry Slam und mit dem Kunstverein für die Blue Gallery) sowie neue jugendkulturelle Formate kreiert (z.B. Danceprix, VolXmusik, MP3 goes Poesie, Breakin' Mozart, Funky Wieland). Das Thema Disco ist unter der Federführung des Baudezernats in Bearbeitung. Die Zuständigkeit für den Themenbereich „Jugend“ liegt seit Schuljahresbeginn neu bei Amt 40.	HA 01.12.
Sonstiges	115.			10	SPD	<i>Ist es möglich, das Verfahren der HHPl-Beratung - aber auch anderer Beratungen des Gemeinderats - papierlos zu gestalten?</i>	<i>Wir werden die Frage bei der Einführung der neuen Software-Lösung für ein Ratsinfosystem Ende 2016 aufwerfen.</i>	
Sonstiges	116.			20	CDU	Konzept zur finanziellen Zukunftssicherung Das Konzept zur finanziellen Zukunftssicherung wird entgegen der Aussagen der Verwaltung im Vorbericht auf Seite 012 fortgesetzt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf unsere Anträge zur kennzahlenorientierten Steuerung städtischer Einrichtungen sowie der Überarbeitung von Richtlinien (auch Gebühren), die die Verwaltung im Rahmen des Konzepts zur Zukunftssicherung bearbeiten möchte.	Die Haltung der Verwaltung ist auf Seite 012 zum Vorbericht beschrieben. Bei der derzeitigen Aufgabenfülle kaum leistbar und nach Auffassung der Verwaltung derzeit auch nicht notwendig. Ohnehin sind aktuell keine Gebührenerhöhungen oder die Überarbeitung von Richtlinien geplant.	HA 02.12.

Gesamtliste Haushaltsanträge 2016

Verteiler: D, OV, alle Ämter, 1011, 1021, swb, ww, PR